und des Amtes für Nationale Sicherheit zu gewährleisten. Das betrifft die historisch-wissenschaftliche Aufarbeitung ebenso wie die Unterstützung der Strafverfolgung hinsichtlich begangener Verbrechen, die Rehabilitation der Opfer, Auskünfte an Betroffene, die Sicherung der restlosen Auflösung des MfS/AfNS sowie die Mitwirkung bei Überprüfungen.

Die PDS unterstützt dieses bedeutsame Anliegen. Es entspricht unserer Bereitschaft, uns mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Das gleiche gilt sicherlich auch für andere Parteien dieses Hauses. Wir meinen zugleich, daß ein solches Gesetz möglichst einmütig verabschiedet werden sollte. Das setzt aber voraus, daß ein zweites Anliegen des Gesetzes deutlich gemacht wird, und auch dazu hat der Berichterstatter schon gesprochen.

Das Gesetz ist ein Gesetz zur Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten. Es hat also neben dem Anliegen, das zuerst genannt wurde, ebenso das Anliegen des Datenschutzes, des Schutzes der Persönlichkeit. Das ist - und das ist gesagt worden - eine Frage der Rechtsstaatlichkeit und keine formal-juristische Frage. Dabei geht es nicht um einen Konflikt zwischen Tätern und Opfern vorrangig, sondern um Schutz der Persönlichkeit von Millionen von Bürgern. Hier ist gesagt worden, daß das praktisch jeden Bürger berührt, also auch sehr viele absolut Unbeteiligte.

Das Problem dieses Gesetzes war die Verbindung dieser beiden Anliegen. Ich möchte auf zwei Fragen aufmerksam machen, in denen nach meiner Ansicht die Verbindung des Grundanliegens mit der Rechtsstaatlichkeit nicht voll gewährleistet worden ist. Das betrifft einmal die Regelung des § 9 Abs. 5. Sie ist neu eingefügt worden. Dort heißt es, daß, wenn sich im Rahmen verschiedener archivarischer Aufbereitungen und anderer Vorgänge Hinweise auf Straftaten ergeben, darüber der zuständige Beauftragte unverzüglich zu informieren ist. Ich habe Bedenken, daß das zu Denunziantentum führt. Ich sehe hier Probleme, vergleichbar denen des früheren § 225 des alten Strafgesetzbuches.

Das zweite Problem, die Verbindung des Anliegens der Vergangenheitsauseinandersetzung mit der Rechtsstaatlichkeit, ist in einzelnen Beziehungen unterschiedlich gelöst worden. Bei wissenschaftlichen Zwecken bietet der § 10 eine sehr ausgearbeitete Regelung, wie beide Anliegen miteinander verbunden werden können. Dasselbe trifft zu bei den §§ 11 und 12 hinsichtlich des Vorgehens der Betroffenen. Probleme sehe ich im § 9 in Verbindung mit § 1. Im § 9 ist einerseits die Möglichkeit erklärt, bei Notwendigkeit auf die personenbezogenen Daten zuzugreifen, d. h. wenn das notwendig ist zur Verfolgung von Verbrechen, die entgegen dem damals geltenden Recht nicht verfolgt wurden. Das halte ich für eine ausgewogene Formulierung. Dasselbe gilt hinsichtlich der Frage der Sicherheitsüberprüfungen und der Notwendigkeit, in diesem Falle auf die Daten mit Zustimmung zurückzugreifen. Probleme sehe ich dagegen in der allgemeinen Formulierung des § 1, wo es heißt, daß die Nutzung der Daten möglich ist - ganz allgemein, zum Zwecke der politischen, historischen und juristischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

Das bedeutet, daß über die von mir genannten Dinge hinaus ein breiter Kreis von Aufgaben gestellt werden kann, bei dem der Datenschutz nicht geregelt ist. Das ergibt sich aus der Festlegung von § 9 Abs. 2, die die Ziffer 1-3 durch die Formulierung „unter anderem“ offenbar in eine beispielhafte Aufzählung verwandeln soll. Wie soll bei dieser allgemeinen politischen und juristischen Aufarbeitung die Abstimmung mit der Sicherung der Personenrechte gesichert werden? Die Entscheidung darüber muß dann der Landesbeauftragte treffen, und ich meine, er ist mit dieser Aufgabe überfordert. Ich meine, daß eine solche Generalklausel überflüssig und rechtsstaatswidrig ist.

Nun sehe ich folgende Lösung dieses Problems: Wir führen heute eine 2. Lesung mit Diskussion durch. Dieses Vorgehen weicht, wie Sie alle gemerkt haben, von der Regel unseres parlamentarischen Vorgehens ab. Gewöhnlich führen wir eine 1. Lesung mit Diskussion und eine 2. Lesung ohne Diskussion durch. Das liegt sicherlich daran, daß dieser Entwurf wesentlich geändert worden ist, so daß wir noch einmal eine Diskussion durchgeführt haben. Der Kollege Brinksmeier hat in diesem Zusammenhang von gesetzgeberischen Mängeln gesprochen.

Ich würde also Vorschlägen, daß wir im Interesse einer erfolgreichen, rechtsstaatlich gesicherten Verwirklichung unseres Anliegens eine 3. Lesung zu diesem Gesetz durchführen. Die PDS hat einen entsprechenden Antrag gestellt. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Danke schön. Als nächster spricht für die Fraktion der DSU Abgeordneter Haschke.

Haschke für die Fraktion der DSU:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit liegt uns in 2. Lesung in völlig überarbeiteter Form vor. Auf alle Änderungen gegenüber der ersten Vorlage hat der Vorsitzende des Sonderausschusses, der Abgeordnete Gauck, bereits hingewiesen.

Sechs Wochen hat dieses Parlament noch Zeit, Dinge zu regeln, die uns wichtig erscheinen. Vieles von dem, was wir uns vorgenommen hatten, werden wir einem gesamtdeutschen Parlament überlassen müssen. Einiges allerdings werden wir noch in Ordnung zu bringen haben. Dazu gehört das uns vorliegende Gesetz. Es wird zusammen mit dem Rehabilitationsgesetz zu den Gesetzen gehören, die den Tag der Einheit um eine lange Zeit überdauern.

Von Text und Inhalt der Gesetze wird abhängen, ob und wie wir Unrecht aufarbeiten und wenigstens zum Teil wieder gutmachen können, ob wir passive Zeugen unserer Vergangenheitsbewältigung werden oder diese aktiv selbst bewältigen. Noch haben wir es in der Hand. Jeder jetzt noch mögliche, aber durch unsere Schuld unterlassene Schritt wird das Ansehen dieses Parlaments im Lande weiter sinken lassen. Ohnehin werden nicht die Namen der DDR-Parlamentarier in zukünftigen Geschichtsbüchern stehen, sondern die Namen derer, für die wir in Verantwortung dieses Gesetz geschaffen haben. Ein schon viel zu oft mißbrauchtes Wort sagt, es hat keinen Sinn, in die Zukunft zu gehen, wenn man die Geschichte verdrängt. Aber Geschichte gar zu vernichten, wie vorgesehen, gibt nicht nur keinen Sinn, es kann für die Demokratie tödliche Folgen haben.

Ein bittendes und mahnendes Wort nach Bonn: Nicht nur der Innenminister der Noch-DDR wollte das Gesetz in dieser Form, also Sonderarchive in Verantwortung der Länder, nicht mittragen, auch das Bundesministerium des Innern sperrt sich dagegen. Den Innenminister der DDR gibt es nur noch wenige Tage. Er ist für uns schon kein Problem mehr.

(Vereinzelte Beifall)

Der Bundesinnenminister wird in Zukunft unser Ansprechpartner, und diesem sei gesagt: Dieses Gesetz muß in der vorliegenden Form Bestandteil des Einigungsvertrages werden. Das sind wir denen schuldig, die im Herbst die Wende herbeigeführt, die mit unvergleichbarem Mut die schwerbewaffneten Hochburgen der Stasi mit bloßen Händen eingenommen haben und die bis zum heutigen Tag aushalten, in Schwerin und Suhl, in Berlin und Leipzig, in Erfurt und Dresden und in all den anderen Städten, die hier aufzuzählen die Redezeit sprengen würde. Bei all unseren derzeitigen Sorgen und Problemen vergessen wir das nicht.

An der Art und Weise Bonner Umstimmungsversuche sehen wir, wie wenig oder gar nicht sensibilisiert Bürger der Bundesrepublik für das in den Stasi-Archiven eingelagerte Material sind. Es ist ein Teil unserer Geschichte, ein Teil unseres Schicksals und unseres Leides. Das bringen wir nach Deutschland mit.

Alles zum guten Ende zu führen steht nur denen zu, die den Anfang gewagt haben. Das Gesetz in der vorliegenden Form trägt eben die Handschrift derer, die diesen Anfang wagten. Sie haben damit ein Mahnmal gesetzt, ein Mahnmal an eine schlim-